

Bericht der UN-Sonderberichterstatterin zum Recht auf Nahrung in Sambia (Auszug)

Vorbemerkung

Die Strategie der Regierung, die exportorientierte großflächige kommerzielle Landwirtschaft in eine treibende Kraft der Wirtschaft zu verwandeln, birgt das Risiko, Bauern von ihrem Land zu verdrängen. Hierdurch werden diese aus der Produktion gedrängt – mit schwerwiegenden Folgen für ihr Recht auf Nahrung.

10. Armut ist eng mit Ernährungsunsicherheit verbunden. Der Zugang zu angemessener und nährstoffreicher Nahrung ist in den meisten Teilen des Landes immer noch eine Herausforderung, wobei Frauen und Kinder in ländlichen Gebieten am schlimmsten betroffen sind.

12. Die Sonderberichterstatterin stellte fest, dass das derzeitige zweigleisige System von Landrechten in Sambia über keine Schutzmechanismen verfügt, um Kleinbäuerinnen und Kleinbauern den Zugang zu Land zu sichern.

13. Dies ist besonders besorgniserregend, wenn man bedenkt, dass Kleinbauern fast 60 Prozent der Bevölkerung ausmachen und für ihren Lebensunterhalt von Land abhängig sind; gleichzeitig ernähren sie rund 90 Prozent der sambischen Bevölkerung.

35. Der Zugang zu Land und die Sicherung der Besitzverhältnisse sind von grundlegender Bedeutung, um sicherzustellen, dass Kleinbäuerinnen und Kleinbauern einen angemessenen Lebensstandard erreichen können.

36. Aktuelle Zahlen zeigen, dass zwischen 85 und 90 Prozent des Landes unter Gewohnheitsrecht genutzt werden.

37. Es gibt eine Reihe von Herausforderungen und Bedenken in Bezug auf Landbesitz. Das zweigleisige Landbesitzsystem hat eine Situation geschaffen, in der Grundbesitzer auf staatlichem Land den vollen Schutz ihrer Eigentumsrechte genießen, während die unter dem Gewohnheitsrecht stehenden Personen keinen vergleichbaren Schutz als Bewohner und Nutzer erfahren.

40. In Bezug auf Frauen und ihr Recht auf Land empfiehlt die Sonderberichterstatterin, dass die Gesetze in Bezug auf Ehe und Erbrecht geändert werden, da dies der beste Weg ist, damit Frauen einen Zugang zu Land erhalten.

41. Landwirtschaftliche Investitionen in Sambia nehmen zu; die Regierung plant eine entsprechende Entwicklung von mindestens 1,5 Millionen Hektar Land.

43. Entsprechend den Informationen, die während des Besuchs eingeholt wurden, und laut einschlägiger Forschungsergebnisse wurden seit den 1990er Jahren mehrere legislative und institutionelle Reformen durchgeführt, die die traditionellen Landrechte in Sambia aushöhlen. Vermehrt wurden Grundstücke an private Investoren übertragen. Männer und Frauen, die das Land entsprechend traditioneller Landnutzungssysteme bewirtschaftet haben, verlieren hierdurch ihren Zugang zu Land.

49. Die Sonderberichterstatterin besuchte die Ngambwa-Gemeinde in Mkushi in der Zentralprovinz, in der rund 70 Familien in Notunterkünften leben. Die meisten Gemeindemitglieder leben dort seit den 1980er Jahren und sind zurzeit hauptsächlich als Landarbeiter mit niedrigem Einkommen beschäftigt. In ihren Interviews wurde der Sonderberichterstatterin mitgeteilt, dass die Menschen oft nicht einmal eine Mahlzeit am Tag zu sich nehmen, dass sie manchmal gezwungen sind, zur Ernährung ihrer Familien und Kinder Suppe aus Grünpflanzen zu kochen, und dass sie ständig von Zwangsräumung bedroht sind. Die Sonderberichterstatterin empfiehlt den Behörden, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um das Recht der betroffenen Familien auf Nahrung, einschließlich ihres Zugangs zu Land, zu gewährleisten.

71. Mit ihren niedrigen Einkommen sind die Menschen, die in der Landwirtschaft tätig sind, besonders von Hunger betroffen. Die Mehrheit des Landes befindet sich noch immer unter dem traditionellen Landsystem in der Hand von Kleinbauern und Kleinbäuerinnen. Aufgrund des Drucks, diese Flächen für die Großlandwirtschaft freizugeben, mangelt es den Menschen an langfristiger Sicherheit.

89. Im Jahr 2010 schloss sich Sambia der *Scaling Up Nutrition (SUN)* Initiative an, entsprechend der der „National Food and Nutrition Strategic Plan“ entwickelt wurde. Die Sonderberichterstatterin empfiehlt der Regierung sicherzustellen, dass die Folge-Programme mit den Grundsätzen des Rechts auf Nahrung in Einklang gebracht werden und dass Kleinbauern als lokale Erzeuger Teil des Ernährungsplans werden und damit zur Schaffung einer autarken, nachhaltigen Ernährung für das sambische Volk beitragen.

94. Das von Sambia gewählte Entwicklungsmodell mit Schwerpunkt auf exportorientierter großflächiger Landwirtschaft hat zu Entwaldung, Konkurrenz um Wasserressourcen und einem verstärkten Einsatz von chemischen Düngemitteln und Pestiziden geführt. Es führt zu negativen Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit, die Qualität der Böden und der Wasserressourcen.

99. Nachteilige Wirkungen von Pestiziden beeinträchtigen das Recht auf Nahrung und andere Menschenrechte.

103. Geschlechtsspezifische Diskriminierung ist in Sambia noch immer weit verbreitet. Es beschränkt die Möglichkeiten von Frauen, den Zugang zu Land, Bildung, Krediten und anderen produktiven Ressourcen. Hierdurch entsteht ein Machtungleichgewicht, welches Frauen und Mädchen daran hindert, ein autonomes Leben zu führen.

Die Sonderberichterstatterin empfiehlt Sambia:

- ⇒ Geschlechtergleichstellung im rechtlichen und legislativen Rahmen in Bezug auf Ernährungssicherheit und dem Recht auf ländliche Entwicklung. Landwirtinnen sollen zusätzliche Unterstützung erhalten. Der Zugang zu Krediten und anderen landwirtschaftlichen Ressourcen soll gefördert werden.
- ⇒ Berücksichtigung der freiwilligen Leitlinien der FAO in der nationalen Agrarpolitik, insbesondere der Freiwilligen Leitlinien zum Recht auf Nahrung, der Landleitlinie sowie den Grundsätzen zu Investitionen in Landwirtschaft und Nahrungsmittelbereich.

- ⇒ Vorbereitungen zur Verabschiedung einer auf den Menschenrechten basierenden nationalen Gesetzgebung zum Recht auf Nahrung, mit wirksamer Überprüfung und Umsetzungsplänen für jede Region.
- ⇒ eine gleichstellungsorientierte, integrative nationale Bodenpolitik auf der Grundlage von Menschenrechtsprinzipien sowie die Einrichtung eines wirksamen Überwachungsmechanismus.
- ⇒ Änderung von Teilen der Landgesetzgebung (Lands and Deeds Registry Act), um die Gleichwertigkeit von Privatland und traditionell verwaltetem Land sicherzustellen.

(inoffizielle Übersetzung von FIAN)